

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0213/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 21.02.2022
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2022 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
16.03.2022	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2022 (öffentlicher Teil).

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Anlage/n:

Niederschrift Hauptausschuss 26.01.2022 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Hauptausschusses

2. Februar 2022

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.01.2022
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Europa, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Bürgermeister Holger Brantin

Ratsherr Matthias Achilles

Vertretung für: Ratsherr Christoph
Allemand

Ratsherr Harald Baal

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsfrau Franca Braun

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

HA/10/WP18

Ausdruck vom: 02.02.2022

Seite: 1/13

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Boris Linden

Vertretung für: Ratsherr Mathias
Dopatka

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsherr Michael Servos

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

Abwesende:

Ratsherr Christoph Allemand

entschuldigt

Ratsfrau Gaby Breuer

entschuldigt

Ratsherr Mathias Dopatka

entschuldigt

Ratsherr Markus Mohr

unentschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Stadtdirektorin Annekathrin Grehling

Dezernat II

Frau Beigeordnete Frauke Burgdorff

Dezernat III

Frau Beigeordnete Susanne Schwier

Dezernat IV

Herr Beigeordneter Dr. Markus Kremer

Dezernat V

Herr Beigeordneter Pro. Dr. Manfred Sicking

Dezernat VI

Herr Beigeordneter Heiko Thomas

Dezernat VII

Frau Dr. Jutta Bacher	Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing
Frau Dana Duikers	Fachbereich Verwaltungsleitung und Bürger*innendialog
Herr Christoph Kind	Fachbereich Finanzsteuerung
Herr Christoph Kemperdick	Fachbereich Immobilienmanagement

Herr Stefan Auler	CDU-Fraktionsgeschäftsführung
-------------------	-------------------------------

Herr Marc Teuku	DIE Zukunft-Fraktionsgeschäftsführung
-----------------	---------------------------------------

als Schriftführer:

Herr Christoph Berg	Fachbereich Verwaltungsleitung und Bürger*innendialog
---------------------	---

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2021 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 01/0190/WP18
- 3 Ratsantrag Nr. 017/18 der SPD-Fraktion: "Profil- und Markenbildung der Stadt im (über-)regionalen Kontext"**
Vorlage: FB 13/0002/WP18
- 4 Tagesordnungsantrag SPD AT/ 107/C/21, Bericht Büro für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenzentren**
Vorlage: FB 01/0174/WP18

- 5 **Haushaltsberatungen 2022 des Hauptausschusses**
Vorlage: FB 01/0188/WP18

- 6 **Umbesetzung in der Verbandsversammlung des WVER**
Vorlage: FB 20/0080/WP18

- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 8 **Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 12.01.2022**
- Sachstandsbericht öffentliche Toilettenanlagen
Vorlage: FB 23/0103/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2021**
(nichtöffentlicher Teil):
Vorlage: FB 01/0191/WP18

- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2021 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0190/WP18

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt bei 2 Enthaltungen einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2021 (öffentlicher Teil).

zu 3 Ratsantrag Nr. 017/18 der SPD-Fraktion: "Profil- und Markenbildung der Stadt im (über-)regionalen Kontext

Vorlage: FB 13/0002/WP18

Ratsherr Linden, SPD, erläutert, dass dieser Punkt auch in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung behandelt worden sei und der Ausschuss der Beschlussempfehlung der Verwaltung einstimmig gefolgt sei. Er bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung für diese sehr gut geratene Vorlage.

Im Zusammenhang mit der Kulisse des Rheinischen Reviers sei es für die Stadt Aachen gar nicht leicht, eine eigene Rolle bzw. ein eigenes Profil in dem laufenden Transformationsprozess zu finden und zu behaupten. Dennoch gebe es bereits ein positives Beispiel mit dem Projekt "low carbon industry". Hierzu sei ein Reallabor an der RWTH Aachen gestartet worden. Dabei entstünden Innovationen, die aber auch in die Breite vermittelt werden müssten.

HA/10/WP18

Ausdruck vom: 02.02.2022

Seite: 5/13

Wachstumspotential gebe es für die Stadt auch bei mittelgroßen Wissenschaftsveranstaltungen. Organisatorisch sei es richtig, dass diese Aufgabe beim ats, Abteilung Aachen Convention, bearbeitet werde.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und fasst einstimmig einen Beschluss laut der vorgeschlagenen Empfehlung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung.

zu 4 Tagesordnungsantrag SPD AT/ 107/C/21, Bericht Büro für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenzentren

Vorlage: FB 01/0174/WP18

Ratsfrau Braun, GRÜNE, betont, dass das Ehrenamt ganz besonders in der Corona-Pandemie seine Bedeutung für die Gesellschaft gezeigt habe. Ganz viele Menschen in der Stadt sehen, dass man solidarisch handeln müsse. Sie begrüßt, dass die Verwaltung dieses Engagement wertschätze und fördere und dass eine digitale Plattform dafür komme. Ihre Fraktion freue sich auch auf die Vorstellung des Freiwilligenzentrums im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 5 Haushaltsberatungen 2022 des Hauptausschusses

Vorlage: FB 01/0188/WP18

Frau Oberbürgermeisterin Keupen weist darauf hin, dass zu diesem Punkt zwei ergänzende Beschlussvorschläge von der Fraktion DIE LINKE zur Metropolregion Rheinland bzw. von der Fraktion DIE ZUKUNFT zum Streetart-Festival als Tischvorlage ausgeteilt worden seien.

Frau Eschweiler, CDU, betont, dass das PSP-Element 5-010101-900-00100- 902 „Digitale Ausstattung Rat und Fraktionen“ dem Hauptausschuss zuzuordnen sei und nicht dem Personal- und Verwaltungsausschuss: 70.000 € sollen investiv eingeplant werden. Dies müsse daher heute im Hauptausschuss beschlossen und die Vorlage dementsprechend ergänzt werden.

Herr Servos, SPD, trägt vor, dass seine Fraktion folgende Änderungen zum Beschluss vorschläge:
Anmietung von Geschäftsräumen für den Seniorenrat, konsumtiv,
PSP-Element 5-050101-900-00300-900-1:
Für die Jahre 2022, 2023, 2024 und 2025 jeweils 18.000 €.

Erhöhung des Zuschusses ats (Fachbereich „Convention“); Profilierung als Stadt der Wissenschaftskongresse, konsumtiv,
PSP-Element 4-010701-903-4:
Für die Jahre 2022, 2023, 2024 und 2025 jeweils 70.000 €.

Herr Deumens, DIE LINKE, führt zu dem Antrag seiner Fraktion aus, dass regionale Kooperationen wichtig seien, wenn sie den Menschen der Stadt auch etwas bringen. Bei der Metropolregion Rheinland sei das aber nicht der Fall. Seit dem Jahre 2017 suche man nun schon zum fünften Mal eine Geschäftsführung. Nach 5 Jahren wolle man sich jetzt erst inhaltlich positionieren. Der vorgelegte Antrag solle ein Zeichen sein. Ab dem Jahr 2023 soll der Mitgliedsbeitrag nicht mehr in den Haushalt eingeplant werden.

Herr Achilles, DIE ZUKUNFT, erläutert den von seiner Fraktion als Tischvorlage eingebrachten Antrag, zur Unterstützung der freien Kulturszene einen eigenen Posten für ein Streetart-Festival mit Planungskosten von 70.000 € vorzusehen. Außerdem schließe sich seine Fraktion dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sowie dem Antrag auf Mittel für Räume für den Seniorenrat an.

Frau Lürken, CDU, führt aus, dass der Antrag für ein Streetart-Festival nicht in den Hauptausschuss gehöre, sondern vielmehr in der vergangenen Sitzung des Betriebsausschusses Kultur und Theater oder auch im Finanzausschuss hätte beantragt werden müssen.

Zu den Ausführungen von Herrn Deumens zur Metropolregion Rheinland merkt sie an, dass man hierbei mit der Wortwahl vorsichtig sein und kein öffentliches Bashing betrieben werden sollte.

Zum SPD-Antrag auf eine Zuschusserhöhung für den ats werde man nächstes Jahr drüber reden müssen. In diesem Jahr sei das nicht erforderlich.

HA/10/WP18

Ausdruck vom: 02.02.2022

Seite: 7/13

Zur beantragten Ausstattung von Büroräumen für den Seniorenrat liege der CDU kein Schreiben des Seniorenrates vor. Daher verfüge man hierzu nicht über die erforderlichen Erkenntnisse, um diesen Antrag beurteilen zu können.

Herr Servos, SPD, kündigt an, dass seine Fraktion den Antrag auf Mitteleinplanung für ein Streetart-Festival unterstützen werde. Falls der Hauptausschuss dafür das falsche Gremium sei, könne man dies auch noch in den Finanzausschuss schieben.

Zum Seniorenrat könnten die fehlenden Informationen noch eingeholt und dies dann auch in einen bündelnden Finanzausschuss eingebracht werden.

Die Metropolregion Rheinland werde von seiner Fraktion inhaltlich seit der letzten Berichterstattung nicht mehr als zielführend bewertet und man werde daher diesem Antrag zustimmen.

Zur Frage des Zuschusses an den ats schätze man den zeitlichen Druck als relativ hoch ein und daher sollte man zügig damit anfangen. Darum werde man den Antrag aufrechterhalten. Man könne aber getrennt darüber abstimmen, ob man das ab dem nächsten Jahr einstellt und für dieses Jahr.

Bei zwei Produkten seien ihm Kennzahlen aufgefallen, die so nicht tragbar seien:

Beim Produkt 010205 (Strategie und Bürger*innendialog) sei als Kennzahl die „Anzahl der selbst durchgeführten Beratungen und Sprechstunden“ angegeben sowie die „Anzahl der durchgeführten Fortbildung für ehrenamtlich tätige Personen“. Diese Kennzahlen entsprächen nicht dem, was mit dieser Stelle zukünftig verbunden sein sollte. Er rege daher an, dass die Verwaltung bis zur kommenden Sitzung des Finanzausschusses diese Kennzahlen überarbeiten und geeignete Vorschläge unterbreiten solle, was man dort abbilden könnte. Man könnte z.B. die Anzahl der leeren Ladenlokale oder die Anzahl der Menschen, die an den Sprechstunden teilgenommen haben oder die Anzahl der Bürgerbegehren oder -wünsche, die geäußert und bearbeitet wurden, mit einbeziehen. Das ganze Thema müsse deutlich breiter aufgestellt werden als es bisher der Fall sei.

Beim Produkt 010701 (Presse und Marketing) fehle eine Kennzahl. Hierbei sollte auch die Anzahl der Kongressteilnehmer*innen erfasst werden.

In der Sitzung des bündelnden Finanzausschusses sollte das Produktblatt dann jeweils angepasst werden.

Frau Griepentrog (GRÜNE) merkt an, dass die Vorgehensweise bei den Produktblättern bisher immer so gewesen sei, dass in den Haushaltsberatungen ggf. ein Antrag gestellt wurde, ein Ziel zu verändern.

Danach seien erst die Zahlen nachbearbeitet worden. Der jetzt vorgetragene Vorschlag sei ihr zu

unkonkret.

HA/10/WP18

Ausdruck vom: 02.02.2022

Seite: 8/13

Ihre Fraktion verfüge auch über keinerlei Hintergrundinformationen zu der beantragten Mitteleinplanung für Büro-Räume des Seniorenrates. Daher wolle man jetzt keine Zahl mittragen, zu der man keinen Hintergrund habe.

Zur Metropolregion führe man zwar gerne eine inhaltliche Diskussion mit, es sei aber nicht nötig, schon jetzt ein indirektes Zeichen zu setzen.

Zum Streetart-antrag erklärt sie, dass ihre Fraktion bewusst entschieden habe, jetzt nicht im Hauptausschuss einzelne Themen heraus zu nehmen. Vielmehr solle der Kulturbereich selber entscheiden, wo die Schwerpunkte sein sollten.

Der Begründung der SPD zu ihrem ats-Antrag könne man nicht folgen. Wenn man meine, dass der Zuschuss an den ats erhöht werden müsse, dann sollte man im Laufe des Jahres darüber inhaltlich in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren.

Herr Baal, CDU, äußert, dass das Thema Metropolregion inhaltlich in einer gesonderten Debatte geklärt werden sollte und empfiehlt, hierzu einen Antrag zu stellen, dass man sich im zweiten Quartal 2022 damit inhaltlich auseinandersetzen solle. Bevor man zu einem Beschluss komme, sollte man sich eng mit den Kolleginnen und Kollegen der Städteregion, beim Kreis Heinsberg und beim Kreis Düren abstimmen und auch die IHK Aachen beteiligen. Die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages bestehe solange fort, wie nicht ein Austrittsbeschluss gefasst worden sei.

Der Zuschuss an den ats sollte nur erhöht werden, wenn auch definiert worden ist, wofür und derjenige, der den Zuschuss erhält, auch sagt, dass er ihn wirklich haben möchte. Das sei aber nicht erfolgt. Aus den aktuellen Zahlen heraus könnte man diesen Zuschuss der Höhe nach nicht begründen. Außerdem müsste definiert werden, ob das, was man unter TOP 3 begrüßt habe, nun zu einer Erhöhung des Zuschusses touristisches Marketing führt, also Dienstleistung, oder zu einer Erhöhung des allgemeinen Betriebskostenzuschusses führt oder zu einem dritten Zuschuss, für aachen convention, führen solle. Dies sei hier nicht abschließend definiert. Der ats stehe trotz Corona-Krise solide und gut da und er könne nur empfehlen, über einen Antrag gemeinsam einen Weg zu suchen, dem ats im Sommer 2022 Klarheit zu verschaffen, wie sich der Betriebskostenzuschuss zukünftig entwickeln müsste.

Die Anträge zu Streetart und Seniorenrat sollten beide im Finanzausschuss am 08.02. beraten werden.

Herr Linden, SPD, verweist darauf, dass die Aufgabe von sogenannten convention-Büros in vielen mit Aachen vergleichbaren Städten eben gerade bei der touristischen Infrastruktur liege. Auch der ats habe ein solches convention-Büro aufgebaut und sich damit bemüht, die unterschiedlichen Akteure in der Stadt, die mit dem Kongressgeschäft verbunden sind, zusammenzubringen, um daraus einen Mehrwert zu ziehen. Daraus sei auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Hochschulen erwachsen.

HA/10/WP18

Ausdruck vom: 02.02.2022

Seite: 9/13

Der jetzt vorgelegte Antrag werde nun deswegen jetzt gestellt, da pandemiebedingt die Mittel für diesen Bereich im ats reduziert werden mussten und der ats aus eigener Kraft diese Reduktion nicht kompensieren und eine Mehraufgabe auch nicht übernehmen könne. Eine Abbildung im Haushalt sei auch noch kein ausgezahlter Zuschuss. Man brauche diese Mittel aber, um das definieren und abbilden zu können, was Herr Baal gesagt hat. Man gehe davon aus, dass das Kongress-Geschäft 2024/2025 jetzt im Jahre 2022 vorbereitet wird. Deswegen sei es wichtig, diesen Antrag jetzt zu stellen. Gleichwohl habe man die ausgestreckte Hand der anderen Fraktionen wahrgenommen und freue sich darauf, die Debatte zu diesem Punkt fortzuführen.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zu den Beiträgen zur Metropolregion Rheinland wird bei 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion DIE Zukunft auf Einplanung von Mitteln für ein Streetart-Festival wird einstimmig in den Finanzausschuss verwiesen.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Einplanung von Mitteln für die Anmietung von Geschäftsräumen für den Seniorenrat wird bei 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Zuschusses an den ats für den convention-Bereich wird bei 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion zum PSP-Element 5-010101-900-00100-900-2 (Digitale Ausstattung von Rat und Fraktionen) auf Einplanung von investiven Mitteln in Höhe von 70.000 € wird einstimmig beschlossen.

Der Hauptausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2022 sowie der Finanzplanung bis 2025 (ausschließlich der Personalaufwendungen) für die vorgelegten Produkte und der Produktblätter inklusive der 1. Veränderungsnachweisung sowie der in der Sitzung beschlossenen Einzelveränderungen bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Aachen, diese entsprechend zu beschließen.

Umbesetzung in der Verbandsversammlung des WVER

zu 6 Vorlage: FB 20/0080/WP18

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung in der Verbandsversammlung des Wasserverbands Eifel-Rur (WVER) einstimmig zur Kenntnis.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Sitzungsteil werden nicht vorgetragen.

zu 8 Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 12.01.2022

- Sachstandsbericht öffentliche Toilettenanlagen

Vorlage: FB 23/0103/WP18

Herr Deumens, DIE LINKE, äußert für seine Fraktion eine gewisse Enttäuschung über die Vorlage und dass die Verwaltung noch im Anfangsstadium der Bearbeitung sei. So richtig scheine man dabei bisher nicht vorangekommen zu sein und er stelle sich die Frage, wie lange das noch dauern werde.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen verweist darauf, dass auf Seite 5 der Vorlage zum ersten aufgezählten Punkt durchaus eine Frist angegeben worden sei. Sie werde dieses Thema mit Hochdruck begleiten.

Frau Lürken, CDU, äußert, dass die Vorlage der Verwaltung einfach ehrlich sei. Ob man 50, 40 oder 30 Toiletten benötige, wisse sie nicht. In anderen Kommunen gebe es das Projekt „Die nette Toilette“. Dabei würden Aufkleber von Einzelhändlern und Gastronomen auf eine Toilette hinweisen. Sie empfiehlt, hierüber mit Dehoga und MAC einmal zu sprechen. Vielleicht könne dies eine Lösung sein.

Herr Servos, SPD, führt aus, dass er den Eindruck habe, dass die Vorlage so geschrieben wurde, um das Thema nicht weiter voran zu treiben. Bei diesem Thema müsse sich aber dringend etwas tun.

In der Vorlage würde der Begriff „Kulturwiese Hollandwiese“ erwähnt. Dieser Begriff sei ihm nicht bekannt und er fragt, was dies bedeute.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen betont, dass die geschätzten jährlichen Kosten von 2,5 Mio € deutlich machten, dass dieses Projekt schon eine größere Dimension habe. Auf Seite 6 der Vorlage stehe auch, dass alternative Projekt geprüft werden sollten.

Der Begriff „Kulturwiese Hollandwiese“ sei lediglich ein verwaltungsinterner Arbeitstitel zu einem Projekt, das derzeit noch in der Prüfung sei. Dabei solle u.a. geprüft werden, ob dieser Bereich evtl. lärmtechnisch weniger sensibel sei, als z.B. der Westpark.

Herr Servos, SPD, entgegnet, dass man dazu im Ausschuss für Umwelt einen Antrag auf Mittelbereitstellung gestellt habe, der aber abgelehnt worden sei. Er fragt an, ob es hierfür nun doch ein Budget gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen antwortet, dass man dazu bisher nur in der Sondierungsphase sei und es daher auch noch kein Budget dafür gebe. Es seien auch noch Gespräche mit der Hochschule zu führen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

BESCHLUSSVORSCHLAG

Hauptausschuss am 26. Januar 2022: Haushaltsplanberatungen

Der Ausschuss beschließt die Teilergebnis- und Teilfinanzpläne sowie die Produktblätter der beratenen Produkte entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2022 und der vorgelegten Veränderungsnachweisung mit folgenden Änderungen:

Maßnahme	PSP-Element	Veränderung 2022	Veränderung 2023	Veränderung 2024	Veränderung 2025
Beiträge Metropolregion Rheinland	4-010203-913-1		-22.000	-22.000	-22.000



Hauptausschuss am 26. Januar 2022:

TOP: Ö5 - Haushaltsberatungen 2022 des Hauptausschusses

Der Ausschuss beschließt die Teilergebnis- und Teilfinanzpläne sowie die Produktblätter der beratenen Produkte entsprechend der vorgelegten Veränderungsnachweisung mit folgenden Änderungen:

Lfd Nr.	PSP	Name	Ansatz 2021	Ansatz 2022	Unsere Forderung	Differenz
		Streetart Festival			70.000	70.000

BESCHLUSSVORSCHLAG

*Hauptausschuss am 26. Januar 2022:
 Haushaltsplanberatungen*

Der Ausschuss beschließt die Teilergebnis- und Teilfinanzpläne sowie die Produktblätter der beratenen Produkte entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2022 und der vorgelegten Veränderungsnachweisung mit folgenden Änderungen:

Maßnahme		k/i	PSP-Element	
Anmietung von Geschäftsräumen für den Seniorenrat		k	5-050101-900-00300-900-1	
Veränderung 2022	Veränderung 2023	Veränderung 2024	Veränderung 2025	
18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €	

Maßnahme		k/i	PSP-Element	
Erhöhung des Zuschusses ATS (Fachbereich „Convention“); Profilierung als Stadt der Wissenschaftskongresse		k	4-010701-903-4	
Veränderung 2022	Veränderung 2023	Veränderung 2024	Veränderung 2025	
70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	

FRAKTIONSVORSITZENDER
 Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:

Daniela Parting
 Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon:
 0241 · 432 72 15
 E-Mail:
 daniela.parting@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
 08:30 bis 17.00 Uhr
 Freitag:
 08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
 Johannes-Paul-II.-Str. 1
 52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 · 432 72 15
 Fax 0241 · 499 44
 E-Mail:
 spd.fraktion@mail.aachen.de
 Internet:
 www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
 DE36390500000000199562
 BIC:
 AACSD33

